

# Gegen Asylbewerber im „Airotel“

## Ortsbeirat stärkt Magistrat den Rücken / 300 Bürger bei Sitzung

NEU-ISENBURG-ZEPPELINHEIM. In der Nacht, in der die SED die deutsch-deutsche Grenze öffnete, errichteten Zeppelinheimer Kommunalpolitiker die erste parlamentarische Barriere gegen 240 Asylbewerber, die demnächst in ihrem Ort Quartier erhalten sollen. Der Ortsbeirat des 1300 Einwohner zählenden Stadtteils tagte dabei vor einer noch niemals geübten Kulisse: 300 Zuhörer waren am Donnerstagabend gekommen. Ortsvorsteher Wolfgang Bergenthal (CDU) unterbrach die Sitzung und funktionierte für eine Zeit lang den Plenartreff zu einer Bürgeranhörung um.

Dabei, aber auch in der Aussprache der Fraktionen, ging es hoch her. Als „einen so schweren Eingriff, wie es ihn seit Bestehen Zeppelins nicht gegeben hat“, wertet beispielsweise Christdemokrat Werner Straubinger den Plan des Sozialministeriums, das „Airotel“ in der Admiral-Rosendahl-Straße 12 als — Zitat aus Wiesbaden — „Behreibungsbetrieb mit 240 Wohnplätzen für ausländische Flüchtlinge“ zu nutzen. Das Gebäude, das alten Zeppelinheimern noch als „Hotel Erika“ vertraut ist, soll dabei privatrechtlich als „Ausweichquartier“ der „Hessischen Gemeinschaftsunterkunft für ausländische Flüchtlinge“ (HGU) in Schwalbach/Taunus firmieren.

Wenn's nach dem Magistrat Neu-Isenburgs ginge, wird da nichts draus. Bürgermeister und Stadträte lehnen aus formalen „planungsrechtlichen Gründen“ das Vorhaben ab, und sie werden seit Donnerstag dabei auch von den Zeppelin-

heimer Ortsbeiräten gestützt. Das Stadtteilparlament, dem fünf Christ- und vier Sozialdemokraten angehören, stärkte mit einem fast einstimmigen Votum der Ratshauspitze den Rücken. Lediglich Inge Manus (SPD) enthielt sich.

Ihre Stimme gab aber auch sie einem von der CDU eingebrachten Dringlichkeitsantrag. Demnach soll der Magistrat schleunigst einen Informationsabend für die Bürgerschaft arrangieren, bei dem Vertreter des Sozialministeriums Rede und Antwort zu stehen hätten.

Wenn es denn zu solch einer Bürgerversammlung kommen sollte, dürften die Abgesandten aus Wiesbaden einiges zu hören kriegen. Beispielsweise den Anwurf des Christdemokraten Straubinger, daß bei 240 Asylantern ein Viertel der Zeppelinheimer Bürgerschaft „Fremde“ seien, der Charakter der Wohngemeinde im Walde „total verändert“ werde: „Der Erholungswert wird gleich Null, die Angst greift um.“ Andere Bürger befürchteten „Rumtreiberei“ und „Drogenkriminalität“ durch die im „Airotel“ einquartierten Flüchtlinge.

Ortsvorsteher Bergenthal hat „ein gewisses Verständnis dafür, daß die Bevölkerung aufgebracht ist“ und avisierte: „Wir werden alle Hebel in Bewegung setzen, um das zu verhindern.“ Der FR sagte er, daß er und viele Zeppelinheimer es eher begrüßen würden, wenn das „Airotel“ als Logis für DDR-Übersiedler genutzt würde, „denn da gibt es wenigstens keine Probleme mit der Sprache“.

(Siehe auch Kommentar)

## Kommentar

Es mag einige treffliche Sachgründe dafür geben, die Tauglichkeit des „Airotel“ als Flüchtlingsquartier für Asylbewerber anzuzweifeln: die abgegrenzte Lage des Ortes, das hermetische Gemeindeleben, die kaum vorhandene „öffentliche Infrastruktur“ (wenig Einkaufsmöglichkeiten). Auch der Hinweis, daß Zeppelinheim von den vielen „Fremdlingen“ die Identität genommen würde, ließe sich als Einstieg für eine seriös gemeinte Diskussion notfalls noch akzeptieren.

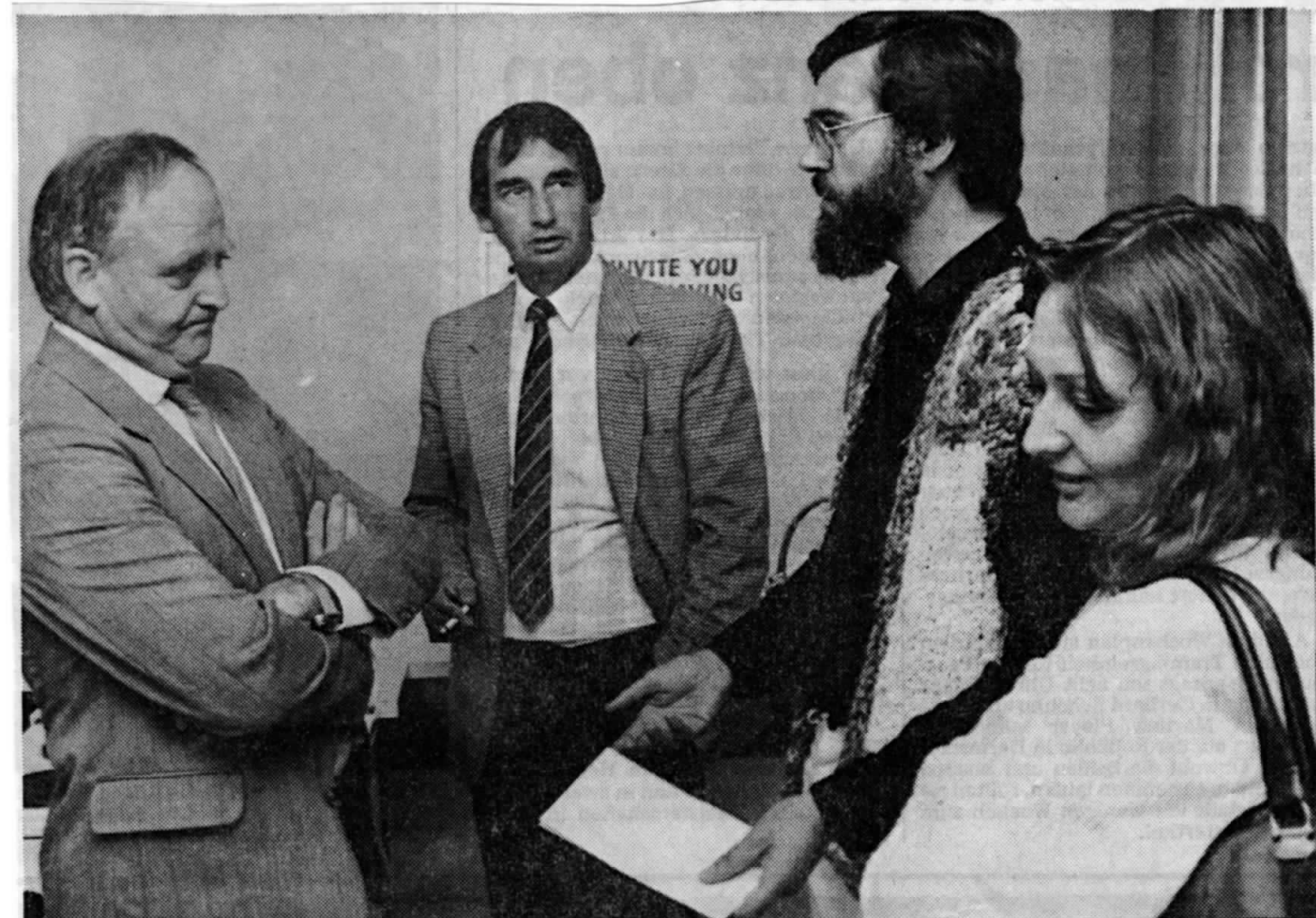
Der Verdacht scheint jedoch nicht unbegründet, daß einige Kommunalpolitiker und andere „Airotel“-Gegner mit solchen „Sachargumenten“ nur blanke Fremdenfeindlichkeit tarnen.

## Tarnen und sortieren

Sauer stößt jedenfalls auf, wie flugs einige Zeitgenossen — allen voran Ortsvorsteher Bergenthal — weit die Arme für DDR-Übersiedler öffnen und ihnen statt der Asylbewerber im alten „Erika“ Herberge geben möchten. Da wird wieder nach „besseren“ und „weniger guten“ Flüchtlingen sortiert, da spielen die vom Magistrat geltend gemachten „planungsrechtlichen Gründe“ — oh Wunder — plötzlich keine Rolle mehr.

Hergeholt scheinen die ohnehin. Das Hotel liege im Gewerbegebiet, heißt es, und dort sei Wohnen eben nicht gestattet. Ja, was ist denn in dem Hotel über Jahre gelaufen? Kein Wohnen? PETER HO

hal.



Fragen zur Problematik der Asylantern-Unterbringung erörterten im Wohnheim in der Friedhofstraße Erster Stadtrat Berthold Depper, der stellvertretende Amtsleiter des Sozialamtes des Kreises Offenbach, Hans Joachim Funkert, sowie die SPD-Vertreter Werner Zimmermann und Inge Manus (von links). Foto: Rob

## Mitglieder der SPD-Fraktion auf Informationsbesuch im Asylanternheim